

NACHRICHTEN

**Pharmaindustrie:
Umsatzrückgang durch
„Negativliste“**

Nach Angaben des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI), Frankfurt, verringerte sich der Arzneimittelumsatz in Apotheken im zweiten Quartal 1983 (im Vergleich zum zweiten Quartal 1982), in den von der sogenannten Negativliste betroffenen Präparategruppen bis zu 33,2 Prozent (Halsschmerzmittel), wohingegen der Gesamt-Arzneimittelumsatz in Apotheken im gleichen Vergleichszeitraum noch um 6,1 Prozent wuchs. Der gemeinsame Anteil der „Negativlisten-Präparate“ am Arzneimittelmarkt sank von 12,0 Prozent im zweiten Quartal 1982 auf 10,1 Prozent im zweiten Quartal 1983.

Die rechnerische Umsatzminderung bei Hochrechnung der Re-

sultate des zweiten Quartals 1983 – auf das Gesamtjahr 1983 bezogen – ergibt ein Minus zu Herstellerpreisen von 98 Millionen DM und zu Endverbraucherpreisen von 196 Millionen DM.

Diese Schätzungen des Pharma-Bundesverbandes korrespondieren in etwa mit Schätzungen des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkasse (WIdO), das für das ganze Jahr 1983 einen Umsatzrückgang von rund 300 Millionen DM prognostiziert hat (vgl. DEUTSCHES ÄRZTEBLATT, Heft 37/1983).

Der BPI warnt davor, „Spar“-Wirkungen der sogenannten Negativliste zu überschätzen.

Vielfach seien die Umsatzeinbußen zum Teil lediglich saisonbedingt und auf den Ankündigungseffekt der „Negativliste“ zurückzuführen. Denn im ersten Quartal

1983 seien allem Anschein nach – in einem nicht zu quantifizierenden Umfang – Bevorratungen der fraglichen Präparate zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen worden.

Wegen des hohen Selbstmedikationsanteils in den von der „Negativliste“ betroffenen Präparatengruppen sind die Umsatzminderungen auch nicht gleichzusetzen mit Einsparungen zugunsten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Im Hinblick auf die Kürze der Zeit seit Inkrafttreten der „Negativliste“ und der sonstigen Unwägbarkeiten (Überreaktion nach Inkrafttreten der neuen Vorschrift; Fehlinterpretation seitens mancher Ärzte und der Patienten) veranschlagt der Pharma-Bundesverband den Einsparungseffekt der „Negativliste“ zugunsten der GKV im Jahr 1983 auf rund 100 Millionen DM.

Tabelle: Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1983*), 1. Halbjahr (in Klammern 1. Quartal 1983): Veränderungsraten pro Kopf im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

	je Versicherter insgesamt	je Mitglied	je Rentner
Ärzte	+ 3,1 (+ 1,5)	+ 1,8 (+ 0,7)	+ 5,6 (+ 2,9)
Zahnärzte	+ 2,2 (+ 0,1)	+ 2,3 (+ 0,2)	+ 3,1 (+ 1,0)
Zahnersatz	- 16,3 (- 20,3)	- 18,7 (- 21,6)	- 6,2 (- 15,4)
Arzneien	+ 6,0 (+ 8,4)	+ 1,8 (+ 5,4)	+ 9,6 (+ 11,1)
Heil- und Hilfsmittel	+ 3,7 (+ 2,8)	+ 1,0 (+ 0,8)	+ 7,6 (+ 8,3)
Krankenhaus	+ 4,8 (+ 4,4)	+ 3,2 (+ 3,0)	+ 6,2 (+ 5,7)
Krankengeld	- 5,7 (- 6,6)	- 5,5 (- 6,6)	*)
Leistungen insgesamt	+ 1,7 (+ 1,5)	- 1,2	+ 6,7
Grundlöhne	+ 3,5 (+ 3,7)		
Beiträge	+ 1,7 (+ 3,1)		

*) erste Rechnungsergebnisse ohne Seekasse

Quelle: KV 45; BMAS

Die Pharmaindustrie rechnet damit, daß die Arzneimittelkosten im Jahr 1983 um rund vier Prozent steigen werden. Zwar seien die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneien im ersten Halbjahr 1983 noch um sechs Prozent gewachsen (1. Quartal 1983: + 8,4 Prozent), doch gebe es bereits deutliche Hinweise, die im zweiten Halbjahr eine deutliche Ausgabenberuhigung erwarten ließen.

Den Behauptungen der Krankenkassenverbände, die Pharmaindustrie hätte nach Auslaufen des im Frühjahr 1981 empfohlenen Preisstops im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung „kräftig zuge langt“, trat der Pharma-Bundesverband entgegen: Die am 1. Juli dieses Jahres wirksam gewordene Mehrwertsteuererhöhung habe das Preisniveau um 0,9 Prozent erhöht. Die Preiserhöhungen lägen bei 0,4 Prozent (laut „GKV-Arzneimittelindex“ der Ortskrankenkassen), so daß sich der Arzneimittelpreisanstieg insgesamt auf 1,3 Prozent stellt. HC